

Ostermarsch 2010
11Uhr Potsdamer Platz

Newroz 2010



Foto: Grace Irazoque

Mehr davon auf Seite 5

I. Zur Bedeutung von Newroz:

„Newroz“ bedeutet im Kurdischen „der neue Tag“. Er ist das Symbol der Befreiung, des Widerstandes. Er wird heute als der Beginn der Tage angesehen, in denen die Unterdrückung, die Gewalttätigkeit ein Ende finden und das Recht in den Vordergrund rückt, zur Grundlage wird. Die Quelle dieser Wahrnehmung ist ein „Befreiungs-Mythos“, der sich zwischen den Gestalten mit Namen wie Kawa-Dahhak-Ferdun-Cemsid abspielt. Newroz erinnert also die Kurden an dieses mythologische Epos.

Seit den Anfängen der türkischen Republik wurde Newroz von zunächst kleinen Gruppen im Untergrund gefeiert. Seit den 90er Jahren wird es durch die breiten Massen öffentlich gefeiert, hat zum Teil in Massendemonstrationen seinen Ausdruck gefunden, in denen die Kurden ihre Sehnsüchte nach Freiheit, Frieden und Demokratie zum Ausdruck bringen.

Fortsetzung auf Seite 2

Schöner Wohnen?

Mietervertreibung aus Schöneberg?

Es verdichten sich immer mehr Hinweise, dass auch Schöneberg für Menschen mit kleinem Einkommen nicht mehr bezahlbar ist. Das geht auch weit über die in der Tagespresse zitierten besonders krassen Fälle hinaus (siehe Seite 2).

Die Berliner Zeitung (6.3.10) weiß z.B. zu berichten: „Laut Sozialstadträtin Sibyll Klotz (Grüne) gibt es im Schöneberger Kiez für alleinstehende Hartz-IV-Bezieher keine Wohnungen mehr. Auch andere kleine preiswerte Wohnungen seien dort Mangelware.“

In der Jahresbilanz 2009 zum QM-Gebiet Schöneberg findet sich folgende Einschätzung: „Im QM-Gebiet stiegen die Mieten kontinuierlich an...Die Befürchtung, dass sich zudem mit der Umsetzung der Hartz-IV-Gesetze für ALG II-Bezieher/-innen

deren Wohn- und Lebenssituation verändern könnte, scheint sich auch für 2009 zu bestätigen, jedoch liegen dem QM (auch) dazu keine verlässlichen Daten vor. Es gibt lediglich Indizien für Umzüge und insbesondere Wohnungsüberbelegung wegen zu hoher Mietkosten.“ (S. 11)

Die GSW veröffentlichte vor kurzem ihren WohnmarktReport, nach dem im „unteren Marktsegment“ für 2009 Mietsteigerungen von 2,7 % bei Neuvermietungen im Gesamtbezirk ermittelt wurden. Die Angebotsmieten lagen mit 4,72 €/m² je Monat über dem Berliner Durchschnitt von 4,18 €. Neben „normalen“ Mietsteigerungen (im Rahmen des Mietspiegels und der gesetzlichen Spanne) gibt es einen Trend zu „Modernisierungen“ oder Komplettabriß einfacher Wohnungen.

(weiter S. 2)

Inhalt: Seite 1. **Schöner wohnen? Mietervertreibung aus Schöneberg?**; Newroz 2010 u. **Zur Bedeutung von Newroz**; Seite 2. **Kommunales**; 3. **Kommunales**; Seite 4. **Antifaschistischer Stadtrundgang in Neukölln**; Seite 5. **125 Jahre Berliner Afrika-Konferenz; Newroz 2010: Ein großes Fest!**; Seite 6. **Härtefälle mit außergewöhnlichen Belastungen u. KONTO GEPFÄNDET! -WAS NUN?**; Seite 7. **Die JobCenter machen was SIE wollen**; Seite 8. **Linke – Kontroversen in Sachen Friedenspolitik?**, Termine und Impressum

I. Zu der Bedeutung von Newroz:

Die Reaktion des türkischen Staates darauf, dass die Newroz-Feiern von der breiten Massen begangen wurden und werden, hat sich entsprechend den Umständen gewandelt: Vom Nichtgenehmigen über Intervenieren, Ignorieren bis hin zur Türkisierung des Newroz. Wenn auch die eine oder andere Art dieser staatlichen Reaktionen im Vordergrund stand, wurden sie im Allgemeinen alle gleichzeitig gehandhabt: Während man einerseits die Feier verbot, hat man andererseits selber „Newroz-Feiern“ organisiert.

II. Warum wir „Newroz“ feiern?

1. Solidarität mit dem kurdischen Volk, mit dem Kampf des kurdischen Volks in der Türkei. Diese Solidarität ist im Augenblick besonders aktuell.
2. Denn die Partei der Kurden, die DTP, unsere Schwesterpartei, wurde verboten und das Mandat von zwei der gewählten Abgeordneten dieser Partei wurde aufgehoben. Die gewählten Bürgermeister werden verhaftet. Im Lichte dieser Ereignisse gewinnt die Solidarität mit dem kurdischen Volk eine noch größere Bedeutung.
3. Wir leben in einer multikulturellen Stadt. Als eine kulturelle Aktivität unserer Partei ist dieses Fest alljährlich ein Beitrag zur Integration und wird eine Bereicherung für das Kulturleben unserer Stadt. *Dagci Tacettin*

Schöneberger Konfliktherde - Verdrängung Einkommensschwacher

Mietervertreibung aus der Barbarossastraße 59/60

Noch steht der Bau mit gut 100 kleinen Wohnungen (Aufbauprogramm 1964), wovon aber schon rund zwei Drittel leergezogen wurden. Gegen geringe Abfindungen hatten doch viele in die Aufhebung des Mietverhältnisses bis spätestens 30.6. eingewilligt. Das fing noch im letzten Jahr mit Einzelgesprächen an. Jetzt sind verbliebene Mieter und Nachbarn alarmiert, weil zu befürchten ist, dass auch andere Objekte bei der Wohn-Aufwertung (= Verteuerung) folgen könnten. An der Ecke zum Barbarossaplatz bereitet die Firma Hochtief Abriss und Neubau vor. Da soll es erst mal dem Baumbestand an den Kragen gehen: 20 alte Bäume auf dem Privatgrundstück und über 20 weitere im öffentlichen Alice-Salomon-Park sollen bei der Baumaßnahme erst mal weg. Die 2.000 m² des Grundstücks sollen intensiver genutzt und bebaut werden - bis zu 80% sind erlaubt. Der große Garten geht für eine Tiefgarage drauf.

Eine Bürgerinitiative hat am 24.2. eine Bürgerversammlung mit rund 70 Teilnehmern durchgeführt. Deutlich wurde, dass auch in der Nachbarschaft die Gefahr von weiterer „Aufwertung“ und Verdrängung gespürt wird. Die BI schreibt: „Dieses Haus soll nun abgerissen werden und einem gigantischen Luxusbau der Firma Hochtief mit Eigentumswohnungen weichen. Der Quadratmeterpreis je Wohnung wird ab 3.500,-€ aufwärts beginnen. Zudem ist eine riesige Tiefgarage mit 72 Stellplätzen geplant...Es besteht vor allem die Gefahr, dass weitere Abriss- und Luxusbauvorhaben in der Umgebung stattfinden und noch mehr Mieter verdrängt werden. In jedem Fall werden die Mieten im Kiez durch die angebliche „Aufwertung“ des Barbarossaplatzes steigen. Weitere Folgen der geplanten Betonburg für die Anwohner sind z.T. erhebliche Verschlechterungen der bisherigen Aussicht, Verschattungen, Lärm und Verkehrsbeeinträchtigungen infolge der Tiefgaragenausfahrt und der PKW-Zunahme.“

Vom Bezirksamt ist keine Unterstützung zu erwarten. Baustadtrat Krömer (CDU) gibt laut Berliner Zeitung (1.3.10) zu, „dass die Mieter zu ihren jetzigen Konditionen in der Gegend wohl nichts finden werden...“ Dennoch findet Krömer das Neubauprojekt richtig.

„Mit dem Zuzug Besserverdienender werde das Viertel weiter aufgewertet“, sagt er. Weitere Objekte sind schon im Entstehen. So werden an der Goltzstr. 40b Eigentumswohnungen (2.700 bis 3.700 € je m²/ knapp eine Million € für ein Penthouse) gebaut. In der Schwäbischen Straße soll ein Doppelhaus weg und ein Nobelbau hin.

(Kontakt zur BI: Barbarossastr.59@gmx.de)

Akazienstr. 6 und Belziger Straße 13 - Mieterhöhung + 30%

Die Bewohnerinitiative schreibt: „Am 19. Oktober 2009 wurde allen Haushalten in den Häusern Akazienstr. 6 und Belziger Str. 13 in Berlin-Schöneberg mit normaler Post eine Mieterhöhung angezeigt, die zehn Tage später bereits zum 01. November 2009 fällig sei... Die neuen Kaltmieten wurden um 30% erhöht und liegen jetzt bei etwa 7,07 - 8,00 €/qm. Inoffiziell hieß es, dass nach der vorliegenden Wirtschaftlichkeitsberechnung sogar bis 15,47 € fällig werden könnten. (...)

Vergleichsmieten gelten für diese Häuser nicht, da sie trotz der wegfallenden Förderung als Sozialer Wohnungsbau behandelt werden, der Mietspiegel jedoch nur in der privaten Wohnungswirtschaft Anwendung findet. (...)

Es scheint offensichtlich, dass viele Eigentümer nach Auslaufen der öffentlichen Förderung Insolvenz anmelden und die Mieter selbst sehen müssen, wo sie bleiben. Die Politik hat kaum brauchbare Absicherungen und Rahmenbedingungen zum Schutz von MieterInnen geschaffen, sie fühlen sich recht- und schutzlos. (...) Die MieterInnen in der Akazienstraße 6 und Belziger Straße 13 brauchen allerdings hier und jetzt schnelle, unbürokratische Hilfe und Unterstützung. Land und Bezirk müssen Farbe bekennen - so oder so!“

Am Ostersonntag planen die Bewohner öffentliche Aktionen vor den Häusern. DIE LINKE will gerne ein Netzwerk von sich wehrenden Mietern bei Protest und Widerstand unterstützen.

Zur BVV-Sitzung am 21.4. (im Rathaus Schöneberg) wird eine Große Anfrage „Werden bezahlbare Wohnungen in Schöneberg knapp?“ von DIE LINKE (Drucksache Nr. 1340/XVIII) gleich am Anfang behandelt werden. So frage ich u.a. das Bezirksamt: „Verfolgt das Bezirksamt das Ziel einer ‚Aufwertung Schönebergs‘ durch aktive Förderung von Neubauprojekten mit höherwertigem Wohnraum, wie es die Stellungnahme zu dem Projekt Barbarossastraße 59/60 vermuten läßt?“ und „Empfehlen das Bezirksamt, seine zuständigen Abteilungen bzw. die von ihm mit getragene ArGe, ärmeren von Wohnungsverlust bedrohten Schönebergerinnen und Schönebergern den Umzug in andere Bezirke?“ sowie „Hält das Bezirksamt eine Verdrängung aus Schöneberg und Konzentration von Haushalten, die von Transferzahlungen leben müssen, in Stadtrandgebiete (wie Marzahn-Hellersdorf) unter gesamtstädtischen Gesichtspunkten für sinnvoll?“

(<http://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/bvv-online/vo040.asp>)

Foto und Text: Harald Gindra



BVV im März

Fehlerhaftes Arbeiten des JobCenters (JC) müssen Kunden ausbaden

Ein Beispiel für Ungemach und Ärger seitens des JC, im Umgang mit Kunden bezüglich einer Maßnahmenvergabe, ergab eine Einwohnerfrage. In dieser Angelegenheit konnte der Fallmanager des JC in der Software nicht erkennen, zu welcher Maßnahme der Betroffene schon vor einem Jahr geschickt wurde. Nach Sozialstadträtin Fr. Dr. Klotz (Bü90/Grüne) sei es ein Einzelfall und hänge mit der Software-Umstellung von 2007 zusammen. Nur, den Ärger bei wiederholenden Maßnahmen trägt letztendlich der "Kunde", denn er muss alles annehmen, um keine Sanktionen zu bekommen.

Teltow-Grundschule (GS) kämpft um ihre Existenz

Betroffene Eltern mit ihren Kindern demonstrierten in der BVV mit Plakaten, Handzetteln und Sprechchören für den Erhalt ihrer Einrichtung. Empört waren diese über den Antrag (Drs 1344) von Bü90/Grüne, FDP und AGP, der die "Aufhebung der Teltow-GS und die Nutzung des GS-Standes in der Feurigstraße durch die Sternberg-GS" verlangt. Die Sternberg-GS würde mit ihrem Profil in das dortige Gebäude einziehen, was auch von deren Elternvertreter/innen abgelehnt wird, und ein einziger Teil verbliebe am alten Standort. Die Antragsteller meinen, damit einen positiven Effekt bezüglich Anmeldezahlen und sozialer Durchmischung erreichen zu können. In diesem Zusammenhang betonte die SPD, dass der Schulentwicklungsplan zwar eine Dreizügigkeit anstrebt, aber nicht mehr. Und es gebe keinen Grund, die Teltow-GS "platt" zu machen, denn auch an anderen Schulen gebe es rückläufige Zahlen, ohne dass deswegen gleich die Schule geschlossen werde. Vielmehr sei es der Versuch, ein Konzept da durch zu bringen, wo am wenigsten Widerstand erwartet werde: bei Eltern die keine Lobby haben. Man müsse der Teltow-GS die Möglichkeit geben, sich zu entwickeln. Und unser Verordneter Harald Gindra machte deutlich, dass es wichtiger sei Schulen besonders in "sozialen Brennpunkten" zu stärken, zu stabilisieren und ge-

meinsam mit der Schulleitung, den Eltern und den Lehrer/innen nach guten Lösungen zu suchen, damit die Schule wieder eine bessere Akzeptanz findet. Auch die CDU-Fraktion, die zwar erst am Montag von ihrer Absicht der Antragszustimmung Abstand nahm, trug dazu bei, den Antrag zu Fall zu bringen.

Treberhilfe half am besten dem Geschäftsführer

In einer Großen Anfrage (Drs 1338) von B`90/Grüne ging es um die Aufklärung der "Geschäfte" der Treberhilfe. Bezirksstadträtin Fr. Schöttler (SPD) sprach vor allem von hervorgerufenen "Irritationen" im jetzigen Umgang mit den Sozialträgern, tastete aber den Vorwurf untertariflich bezahlter Maßnahmen nicht weiter an. Die Qualität werde von der zuständigen Senatsverwaltung und den betroffenen bezirklichen Jugendämtern ermittelt. An Kosten für den Bezirk entstanden 2009 einmal über 748.000 und nochmals 470.000 Euro, die aus zwei Abteilungen (Jugend und Soziales) kamen. Bekannt wurde, dass diese gemeinnützige GmbH 2008 es schaffte ihre strategische Ausrichtung zu ändern, was zu einer 9,4%igen Umsatzrentabilität führte, die u.a. für Immobilien ausgegeben wurden. Auch konnte der Geschäftsführer, der mit 35 000 Euro (mehr als das Doppelte vom branchenüblichen Durchschnitt) im Monat "verdienen" soll, zu seinem Vorteil das Stammkapital auf eine Mio erhöhen, wovon ihm bei einer Auflösung der Einrichtung 50% erhalten bliebe. Anträge von unserem Verordneten und Fraktionen (Drucksachen u.a. 1345 und 1365) wurden in den Sozial- und Hauptausschuss überwiesen. Einmütig wurde zu den 4.000 in Berlin existierenden Freien Trägern erhöhte Transparenz und Zielkontrolle verlangt. Für DIE LINKE äußerte unser Verordneter aber Skepsis, wenn nun FDP und CDU (= „die Privatisierer“) vom „Sumpf“ bei sozialen Leistungen reden und vielleicht nur Kosten- und Leistungssenkung im Sinn haben. Er mahnte stärkere Verantwortung und auch wieder direkte Durchführung von Unterstützung Bedürftiger durch die öffentliche Hand an.

Elisabeth Wissel

Weitere BVV-Vorlagen im Februar

An dieser Stelle wollen wir die Transparenz über die Arbeit in der BVV verbessern. Wir listen stichpunktartig eine Auswahl der behandelten Vorlagen und dessen Beratungsergebnisse auf. (Drs. = Drucksache; BA = Bezirksamt; BE = Beschlussempfehlung; KL = Konsensliste; MzK = Mitteilung zur Kenntnisnahme; FM = Gebäudewirtschaft)

- Zusammenlegung der L.+W.-Teske- und Waldenburg-OS bzw. W.-Stephan- und Dag-Hammarskjöld-OS zur Integrierten Sekundarschule (Drs. 1359 bzw. 1360 Vorlage BA) Ergebnis: Beschluss
- Verlagerung der E.-Rotten-Schule in die Region Lichtenrade (Drs. 1361 Vorlage Bezirksamt) Ergebnis: Beschluss
- Schulentwicklungsplanung für den Bezirk 2010 (Drs. 1362 MzK des BA) Ergebnis: Überweisung in Schulausschuss
- Tempelhofer Freiheit - Planungsrecht für südliche Erschließung sichern (Drs. 1342 von SPD) Ergebnis: Überweisung in Ausschuss Stadtplanung (KL)
- ALG II-Bescheide „übersetzen“ - zentrale Anlaufstelle im JobCenter schaffen (Drs. 1343 von CDU) Ergebnis: Beschluss (KL)
- Kulturförderabgabe für Berlins Bezirke (Drs. 1348 von B`90 / Grüne) Ergebnis: Überweisung in

Ausschuss Wirtschaft (KL)

- Tempelhofer Freiheit zusätzlicher S-Bahn-Haltepunkt (Drs. 1350 von SPD) Ergebnis: Überweisung in Ausschuss Stadtplanung (KL)
- Sportzeiten prüfen und Sport unterstützen (Drs. 1352 von B`90 / Grüne) Ergebnis: Überweisung in Ausschuss Soziales sowie Sport (KL)
- Ja zum Towermuseum (Drs. 1355 von FDP) Ergebnis: Überweisung in Ausschuss Bildung und Kultur (KL)
- „Zug der Erinnerung“ auch in Tempelhof-Schöneberg (Drs. 1366 von SPD / CDU) Ergebnis: Beschluss
- Schulstrukturreform nicht durch Unterfinanzierung gefährden (Drs. 1290 BE aus Hauptausschuss) Ergebnis: Beschluss
- Konversion des Flugfelds Tempelhof im Team gestalten (Drs. 0415 MzK des BA) Ergebnis: Zur Kenntnis genommen (KL)
- Träger- und Honorarmodell gemeinsam statt contra (Drs. 1259 MzK des BA) Ergebnis: Zur Kenntnis genommen (KL)
- Wohnraumversorgung in Schöneberg aufzeigen (Drs. 1204 MzK des BA) Ergebnis: Überweisung in Ausschuss Stadtplanung sowie FM (KL)

Unser

Bezirksverordneter



Harald Gindra

Termine nach telefonischer Vereinbarung

Telefon: 01525 45 25 000

E-Mail: Linke.bvv.ts@googlemail.com

Büro und Erreichbarkeit im Rathaus Schöneberg Raum 2036

Telefon: 030/ 90 2 77 48 98

Sprechstunde: Immer Donnerstags von 17 bis 19 Uhr

Arbeitskreis

Kommunales (AKK)

In offener Diskussion, Gäste sind ausdrücklich eingeladen, begleitet der AKK unsere Arbeit in der BVV. Mitglieder, andere kommunal Interessierte und von bezirklichen Entscheidungen Betroffene können auf diese Weise Einfluss auf Vorlagen der BVV nehmen.

AKK-Termine:

Freitag 16. April und 7. Mai, 18.30 Uhr, im Rathaus Schöneberg, Raum 2036.

Direkte Demokratie

Wir fordern auf, die Einwohnerfragestunde zu jeder monatlichen Bezirksverordnetenversammlung (BVV-Sitzung) zu nutzen. Alle bezirklichen Themen können angesprochen werden. Wir unterstützen gerne dabei.

Interessierte sind ständig eingeladen, auch die Beratungen der Ausschüsse der BVV zu besuchen. Informationen sind bei uns zu erhalten.

Bezirksverordneterversammlung (BVV)

Die nächste öffentliche BVV-Sitzung findet am Mittwoch, den 21. April um 17 Uhr im Rathaus Schöneberg, BVV-Saal statt.

Auftaktveranstaltung „Frauenmärz“

Der „Frauenmärz“ in Tempelhof/Schöneberg feiert in diesem Jahr sein 25jähriges Bestehen. Aus der Taufe gehoben wurde diese kulturelle Veranstaltungsreihe allerdings von zwei Männern, dem jetzigen regierenden Bürgermeister, Klaus Wowereit, und dem ehemaligen Leiter des Berlin-Museums. Gut besucht war die Auftaktveranstaltung am 5. März im Gemeinschaftshaus in Lichtenrade, von unseren Lokalpolitiker/innen, aber überwiegend von Frauen im mittleren Alter. Das Motto des diesjährigen Programms „Jippi“ soll Ausdruck der Freude sein, die durch die musikalisch-kabarettistischen Auftritte auch aufkam. Eher am Rande thematisiert war dagegen, wie es denn mit den Rechten der Frauen heute aussieht. Frau Künast (Bü.90/Grüne) meinte nur „Viele Themen seien die alten geblieben“, z.B. verdienten Frauen immer noch ca. ein Viertel weniger als ihre männlichen Kollegen. Die Veranstaltungsreihe mit wechselndem kulturellen und informativen Programm dauert noch bis 28. März. Insgesamt ist dieses Angebot sehr gut, es könnte jedoch zukünftig bereichert werden von mehr frauenspezifischen Themen aus den Betrieben, der Friedensbewegung oder von Fraueneengagement in anderen Teilen der Welt.

Elisabeth Wissel

Antifaschistischer Stadtrundgang in Neukölln



Über 150 Menschen beteiligten sich am Samstag, **20.3.** an einem Rundgang zum Gedenken an die antifaschistischen Kämpfer/innen während der NS-Diktatur. Anlass dieser Begehung waren die Angriffe von Neonazis der letzten Monate auf linke Einrichtungen wie die Olga-Benario-Galerie in der Richardstraße oder das Salvador-Allende-Zentrum in der Jonasstraße, das insgesamt vier mal mit großem Sachschaden betroffen war. Aber auch eine Einrichtung der B`90/Grünen passt nicht ins Weltbild der Neonazis und erlitt Schaden. Um so erfreulicher war die große Beteiligung aus einem breiten Spektrum der Bevölkerung, auch mit prominenter Beteiligung von Petra Pau, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages und für unsere Partei im Bundestag. Etwa an 20 Stationen wurden Namen von Männern und Frauen mit politischem Hintergrund verlesen, die einst in der Jonasstraße wohnten, und deren Mut zum Widerstand sie das Leben kostete. Die Führung hatte Claudia von Gélieu, und endete in der Olga-Benario-Galerie. Für diesen „Langen Tag gegen Nazis“ sind in verschiedenen linken Einrichtungen im Kiez Diskussionen und ein Kultur-Programm vorgesehen. Es gilt, den Rechten etwas entgegenzusetzen: Wir lassen uns nicht einschüchtern und vertreiben, wir bleiben da!

Elisabeth Wissel



Fotos von links nach rechts: Foto 1. Treffen zum Antifaschistischen Stadtrundgang durch Neukölln vor dem Salvador-Allende-Zentrum in der Jonasstraße, das in den letzten Wochen mehrfach Ziel von Anschlägen von Rechtsextremisten war.

Foto 2. An der Ecke Jonasstraße/Karl-Marx-Straße erinnerte die Historikerin Claudia von Gélieu an eine Mitarbeiterin der evangelischen Kirche, die sich während der Judenverfolgung durch die Nazis gegenüber Menschen jüdischer Herkunft solidarisch verhielt.

Foto 3. Der Antifaschistische Stadtrundgang führte durch die Jonasstraße. Hier wohnten während der Nazi-Zeit viele Neuköllnerinnen und Neuköllner, die den Nazis Widerstand leisteten und von der Gestapo verfolgt wurden.

Fotos u. Beschreibung: Klaus-Dieter Heiser

125 Jahre Berliner Afrika-Konferenz:

Erinnern, aufarbeiten, wiedergutmachen

Unter diesem Motto fanden im Februar die Aktionstage des Bündnisses „125 Jahre Berliner Afrika-Konferenz“ (unser Bezirk ist Mitglied des Bündnisses) ihren Höhepunkt mit einem zweitägigen „Tribunal in der „Werkstatt der Kulturen“. Am Samstag, dem 27. Februar, wurde im Rahmen eines Festaktes das Kreuzberger „Gröbenufer“ in „May-Ayim-Ufer“ umbenannt. Statt nach dem brandenburgischen Kolonialpionier, dessen Errichtung eines Forts an der Küste des heutigen Ghana besonders der Förderung des Sklavenhandels diente, heißt das Ufer nun nach der afrodeutschen Dichterin und Kämpferin gegen Rassismus, May Ayim. Es schloss sich ein Gedenkmarsch für die Opfer von Sklaverei und Kolonialismus an.

Das Tribunal wurde vom Afrika-Rat Berlin-Brandenburg organisiert. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden, Moctar Kamara, schloss sich u. a. eine Grußbotschaft von Kerstin Liebich (DIE LINKE, Staatssekretärin für Integration und Arbeit) an. Der Koordinator des „Weltrats der Panafrikanischen Diaspora“, Prof. Kapete Bana, Paris, verlas die Anklageschrift. Unter den hinzugezogenen Experten aus Afrika bzw. afrikanischer Abstammung bezog sich Iseewanga Idongo-Imbanda (Soziologe) insbesondere auf den Kongo und machte klar, dass dort speziell der „Privatkolonialismus“ des damaligen belgischen Königs Leopold II mehr als acht Millionen Tote gefordert hat. Neben vielen anderen wichtigen Beiträgen war die Teilnahme und der Beitrag der Tochter von Malcolm X (dem 1965 in New York ermordeten Bürgerrechtsaktivisten), Dr. Malaak Shabazz, ein Höhepunkt der Konferenz.



Das Urteil

Am Samstag wurde auf einer Pressekonferenz das Urteil verkündet: Die Berliner Afrika-Konferenz 1884/1885, wie der Kolonialismus insgesamt, stellen ein (nicht verjährendes) Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar, mit allen Folgen wie Gedenken, Reparationen und Rückführung von Geraubtem (u. a. Kunst und menschliche Überreste, die sich in fragwürdigen Sammlungen befinden). Näheres auf der Website des Bündnisses „125 Jahre Berliner Afrika-Konferenz“. Dabei dürfen wir uns über den (leider) symbolischen Charakter der Veranstaltung nicht hinwegtäuschen: es ist nicht nur der Kolonialismus ungesühnt, er geht nur in veränderter Form und teils nicht weniger brutal weiter. Wirtschaftliche Ausplünderung, flankiert von Waffenlieferungen an die örtlichen Handlanger und militärisches Eingreifen (das US-amerikanische „Military High Command for Africa“ sitzt in Stuttgart), dauer an und Wirtschaft und Politik auch unseres Landes sind tief verstrickt.

Foto und Text: Andreas Schlüter



Ein großes Fest!

Wie in den Vorjahren hat die LINKE Tempelhof-Schöneberg auch dieses Jahr, am 20. März, in und mit der alewitischen Dersim-Gemeinde Berlin-Kreuzberg das Newroz-Fest (das Neujahrsfest und den Frühlingsbeginn) ausgerichtet. Unterstützt wurden wir dabei u. a. von der Kurdischen Gemeinde e. V., dem Bündnis der Kurden und Kurdischen Vereine Berlin-Brandenburg, Avadanî, Komkar Berlin, Navenda C. D. Kurd e. V., Yezidische Gemeinde e. V., Mala Gelê Kurdistan e. V., Yekmal e. V., Zaza Enstitüsü, Gimgim e. V., Allmende e. V., Kerkukische Freunde e. V. und der Syrische Kurden & Kommunist Adimlar Platformu sowie durch die Landesarbeitsgemeinschaft „Migrations- und Flüchtlingspolitik,

sowie DIE LINKE Friedrichshain Kreuzberg und DIE LINKE Neu Kölln. Unter den Rednern waren der Landesvorsitzende von DIE LINKE.Berlin, Klaus Lederer, die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Petra Pau (DIE LINKE), der Vorsitzende der Kurdischen Gemeinde, Riza Baran und Yasemin Aktay (Sprecherin LAG). Durch die Veranstaltung führte unsere stellvertretende Bezirksvorsitzende, Dr. Ulrike Schenk. Großartige Musikgruppen (Nure, Grup Canlar, Baris Sahin, Gögör Akyol, Hasan Hüeyin Inan und Halay) gaben dem Fest die musikalische Würze. Man kann die sehr gut besuchte Veranstaltung nur als außerordentlich gelungen bezeichnen, was nicht zuletzt ein Verdienst unserer unermüden Genossen ist.

Foto und Text: Andreas Schlüter

Buchtipp:

Die geplünderte Republik

Wieder fasst ein Buch von Thomas Wiczorek („Die verblödete Republik“, „Die Dilettanten“) wichtige Erkenntnisse zur Situation des Landes zusammen: „Die geplünderte Republik“, Knauer Taschenbuch, ISBN 978-3-426-78373-3. Wie Umverteilung von unten nach oben, wie die gezielte Verarmung der Gesellschaft systematisch betrieben wird, wie die Allgemeinheit für das Casino zur Kasse gebeten wird, das wird hier eindrucksvoll belegt.

„Der Steuerzahler hat ´s ja“ Mit dem Etikett „systemrelevant“ versehen, sind die Banken das goldene Kalb, das poliert und gefüttert werden muss, damit es nicht abmagert und dahinsiecht. Commerzbank und Hypo Real Estate werden mit Milliardenspritzen versehen. Nur wirklich mitreden soll der Staat doch bitte trotzdem nicht! Nun ist die „Systemrelevanz aber sehr zu relativieren, denn „90 Prozent aller Finanzgeschäfte in der neoliberalen Praxis“ sind „reine Interbankengeschäfte“. Auch Ackermann (der bekundete, sich zu schämen, wenn er Staatsgeld annehmen würde) und die Deutsche Bank haben kräftig vom Staat profitiert, so z. B. über den Kauf der Postbank. Erst Horror, dann Besänftigung.

Flankiert wurde die Umverteilung durch Horrorszenarien und die gern geschwungene „demografische Keule“, hinter diesen Popanz lassen sich dann auch die wirklichen Übel wie Klimawandel, Verelendung und Massenarbeitslosigkeit gut verstecken. Pünktlich zu den Wahlen war „nun ... Bürgerbesänftigung angesagt“ („die Staatskassen waren geplündert, die Steuergelder sicher auf den Konten der Banken“), und die Wirtschaftsprognosen wurden eilig angehoben.

Wiczorek ist nicht besänftigt und vermeidet die Systemfrage nicht, wir sollten es auch nicht tun!

Andreas Schlüter



Arbeit muss neu definiert werden

Die gewerkschafts-eigenen Hans Böckler- und Otto Brenner-Stiftungen kommen in einem gemeinsamen Projektbericht zu dem Schluss: „Somit existieren an der Schnittstelle zwischen Beschäftigungs- und Grundsicherungssystem erhebliche Probleme: Gerade im unteren Einkommensbereich wird der Lohndruck umso stärker ausfallen, je geringer das gesetzliche Existenzminimum ist, und ein sinkendes Niveau im Niedriglohnsegment drückt wegen des Lohnabstandsgebots und der Methode der Regelsatzberechnung wiederum auf das soziokulturelle Existenzminimum.“ Um diesen Teufelskreis zu durchbrechen, kämpft die BAG Hartz IV für die Sofortforderungen 500 € Eckregelsatz und

Fortsetzung auf S. 7

**Arbeitskreis
Erwerbslosen
Versammlung
in
Schöneberg**



AK ELViS

Rote Insel, Feurigstr. 68

**Hilfe und Beratung zu
ALG-2 und Soziales**

Jeden Dienstag, 17-19 Uhr
Jeden Donnerstag, 10-12 Uhr

Erwerbslosenfrühstück

Jeden 2. u. 4. Donnerstag,
10-12 Uhr

Jobcenter - Aktionen

Wolframstrasse 89-92

Jeden 1. u. 3. Dienstag,
10-12 Uhr

Jeden 1. u. 3. Donnerstag,
16.30 -18.00 Uhr

Härtefälle mit außergewöhnlichen Belastungen

Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9.2.2010

Das von vielen Hartz-IV-Empfängern und deren Kindern mit Spannung erwartete Urteil brachte sehr schnell Ernüchterung.

Nicht der Regelsatz selbst wurde in Frage gestellt oder gar für verfassungswidrig erklärt, sondern nur die Art und Weise der Ermittlung des Regelsatzes und die sich daraus ergebenden Regelsätze für Kinder.

Es muß also bis zum 31.12.2010 eine Neuberechnung der Regelsätze erfolgen.

Ob daraus wenigstens eine Erhöhung der Leistungen für Kinder, die Schwächsten in der Gesellschaft erfolgt, bleibt abzuwarten.

Möglich wäre sogar, dass der Regelsatz durch die neue Berechnung abgesenkt wird und somit auch Kinder noch weniger erhalten.

Etwas Hoffnung macht die jetzt aus dem Urteil erzwungene Gewährung von Sonderbedarfen in atypischen Lebenslagen.

Sie betrifft hauptsächlich chronisch Kranke, nicht bezeichnete Sonderfälle, Nachhilfeunterricht in sehr eingeschränktem Maße und Kosten zur Wahrnehmung des Umgangsrechts.

Einen Leistungsanspruch in dem genannten Personenkreis hat nur, wer einen "unabweisbaren, laufenden, nicht nur einmaligen, besondern Bedarf" nachweisen kann.

Link zum umfassenden Urteil : http://www.bverfg.de/entscheidungen/ls20100209_1bvl000109.html

Der Härtefallkatalog in der Geschäftsanweisung vom 17.02.2010 der Bundesagentur für Arbeit/

Bundesministerium für Arbeit und Soziales: „Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts....sind unabweisbare, laufende, nicht nur einmalige Bedarfe zu decken.

.....

Als Anwendungsfälle werden insbesondere gesehen

- * Nicht verschreibungspflichtige Arznei/Heilmittel
- * Putz/Haushaltshilfe für Rollstuhlfahrer
- * Kosten zur Wahrnehmung des Umgangsrechts
- * Nachhilfeunterricht
- * Sonstige Fälle

In den folgenden Fallgestaltungen besteht kein zu übernehmender Sonderbedarf im Sinne des Urteils

- * Praxisgebühr
- * Schulmaterialien und Schulverpflegung
- * Bekleidung/Schuhe in Übergrößen
- * Krankheitsbedingter Ernährungsaufwand

Da rollt noch viel Arbeit auf die Beratungsstellen und vor allem auf die JobCenter zu.

Da auch hier der sogenannte Ermessensspielraum für die Mitarbeiter der JobCenter gilt, sollte man/frau nicht all zu viel erwarten.

Die Chefs der JobCenter werden mit Sicherheit auch hier die Daumenschrauben anziehen, so dass nur wenige Bedürftige von der Neuregelung profitieren werden.

Den Härtefallkatalog und einen vorformulierten Antrag gibt es in der Geschäftsstelle in der Feurigstraße, man sollte den Antrag aber bei Bedarf sorgfältig mit dem Arzt des Vertrauens, seinem Rechtsanwalt oder in einer Beratungsstelle absprechen

Josef Moß

KONTO GEPFÄNDET! -WAS NUN?

Wohl jeder weiß, dass Hartz IV nicht pfändbar ist, was in der Aussage auch stimmt. Dennoch gibt es eine böse Überraschung, wenn sich plötzlich ein Schreiben der Bank im Briefkasten befindet mit der Überschrift: **KONTOPFÄNDUNG !!**

Was ist zu tun? Zunächst ist wichtig, den gerichtlichen Fristablauf von 14 Tagen zu beachten und umgehend seine Bank aufzusuchen. Dort erlebt der Kunde dann die nächste Überraschung. Zwar kann der monatliche Hartz IV Betrag nicht gepfändet werden und muss auch in bar ausgezahlt werden, dieser Pfändungsschutz betrifft jedoch nicht das Konto und obendrein muss der Kunde froh sein, wenn die Bank das Konto nicht kündigt.

Auch ist wissenswert, dass bei eingehender Gutschrift aus einer Gas-Jahresabrechnung der Gläubiger darauf Zugriff hat. Dass dieses Geld dem JobCenter gehört, muss dem Gericht schnellstens nachgewiesen werden.-

Nach Einhaltung aller Regeln und Fristen verfügt nun der Hartz-IV-Empfänger zwar noch über ein Konto, kann es jedoch nicht nutzen, sondern muss wie ein Bittsteller Monat für Monat sein Geld abholen und dies auch nur bei seiner Zweigstelle, denn Daueraufträge und Überweisungen

sind nicht mehr möglich.

Was tun? Eine Barüberweisung kostet 6,-Euro. Sammelüberweisungen werden nicht zugelassen. Freunde um Überweisungen von Miete und Nebenkosten etc. zu bitten ist peinlich, und kann nur eine Übergangslösung sein.

Es ist wichtig, nach Erhalt des Kontopfändungsbeschlusses sich Hilfe bei einer Schuldnerberatung zu suchen. In der Regel beträgt die Wartezeit 2-3 Wochen.

Schuldnerberater kämpfen seit Jahren um einen Kontopfändungsschutz, der einen Zugriff, wie ich ihn erlebte, unmöglich macht! Das Gesetz soll im Juli 2010 in Kraft treten.

Bis dahin bleibt, wie geht's weiter? Bei meinem Schuldnerberater erfuhr ich das JEDE Bank ein Guthaben-Konto einrichten muss und sollte ich als Kunde abgewiesen werden, kann ich mich der Hilfe meines Beraters versichern.

Dies als positives Beispiel, dass sich WEHREN lohnt und wir Hartz-IV-Empfänger nicht so rechtlos sind, wie man uns glauben machen will.

Marita Filipowsky

P.S.: Ich habe ein neues Konto!!!

Die JobCenter machen was SIE wollen

„Wir brauchen keine Angst zu haben, das Sozialgericht hält sich fast immer an die Empfehlung des DV(Deutscher Verein...) und entscheidet fast immer zu Gunsten des JobCenters.“ Aussage von Frau Dr. Sybille Klotz (Bündnis90/Die Grünen), Sozialstadträtin in Tempelhof-Schöneberg und auch zuständig für das JobCenter in der Wolframstraße, in der Novembersitzung 2009 des Ausschusses für Soziales und JobCenter im Rathaus Schöneberg.

Kindergeld Januar 2010

Nun ist die gesamte Vielfalt der Phantasie der Regierung ein bißchen öffentlicher: Die Bundesagentur für Arbeit fordert das aufgrund der Kindergelderhöhung ab Januar 2010 zuviel gezahlte Kindergeld in Höhe von 20 Euro (Immerhin fast zehn Prozent des Kinderregelsatzes) zurück – koste es, was es wolle!

Der Phantasie der Mitarbeiter der JobCenter sind dabei keine Grenzen gesetzt. So entwickeln sich Varianten, die an Gesetzlosigkeit nicht zu überbieten sind:

Variante 1: Bereits Mitte Dezember verschickt das JobCenter neue Bescheide an die Betroffenen, die das ab Januar erhöhte Kindergeld bereits berücksichtigen. Diese Bescheide sind erstellt worden, ohne daß ein Gesetz dazu existierte. Die Kindergelderhöhung trat erst am 28. Dezember 2009 in Kraft.

Variante 2: Es geht auch „nach Gesetz“. Nach dem Inkrafttreten der Erhöhung werden Bescheide mit Wirkung von Februar 2010 geändert. Damit ist im Januar eine Überzahlung von 20 Euro eingetreten. In einem Anhörungsverfahren und einem anschließenden Erlaß eines Aufhebungs- und Erstattungsbescheides werden 20 Euro zurückgefordert.

Dies ist der einzige gesetzlich vorgeschriebene Weg, die 20 Euro zurückzufordern!

Variante 3: Das JobCenter ändert Bescheide zum Februar und teilt in einem Nebensatz des Bescheides mit, daß die 20 Euro einbehalten werden. Dies ist außerhalb jeder gesetzlichen Regelung!

Variante 4: Das JobCenter reagiert vorläufig überhaupt nicht auf die Erhöhung des Kindergeldes. Vermutlich werden dann bei der Weiterbewilligung der Leistungen für mehrere Monate je 20 Euro zurückverlangt.

Anmerkung: Die oben beschriebenen Fälle betreffen auch das JobCenter Lichtenberg; der Virus aus Tempelhof, die Kunden kurz zu halten, scheint sich zu verbreiten.

Man muss doch Wichtiges von Unwichtigem unterscheiden können...

Diese Aufzählung zeigt, daß sich die Mitarbeiter im JobCenter mit so „wichtigen“ Dingen wie 20 Euro Überzahlung auseinandersetzen haben, anstatt die aktive Integration von Erwerbslosen in den Arbeitsmarkt zu betreiben bzw. Anträge zu bearbeiten.

Berechnungen haben gezeigt, daß die Kosten für die „Rückrufaktion“ der überzahlten Summe um ein Vielfaches die rückzufordernden Summe übersteigen. Diese entstehen vor allem für

- Lohn der damit beschäftigten Mitarbeiter;
- Strom- Papier und Portokosten in den Ämtern;- Kosten für die Bearbeitung von Widersprüchen;
- Kosten für die Arbeit von Anwälten (Beratungshilfe und Prozeßkostenhilfe);
- Kosten für die Arbeit von Sozialgerichten.

Diskussionsveranstaltung: 29. April 2010 um 19 Uhr „**Neues Heldengedenken und Rekrutierungskampagnen der Bundeswehr an den Schulen - was setzt die Linke dagegen?**“ mit: *Gerd Wiegel* Mitarbeiter der Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE und *Frank Brendle*, Deutsche Friedensgesellschaft, Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, SchülervorteilerIn N.N., in der Roten Insel

Also – Arbeitssicherungsmaßnahme für Ämter und Justiz!

Die Ärmsten der Armen sollen spüren, wie „fürsorglich“ der Staat für sie sorgt, und sich nicht in der „Hängematte“ wiederfinden.

Öffentliche Beschäftigungs Sektor (ÖBS) seit Februar 2010

Die Bundesregierung hat durch Frau von der Leyen Anfang des Jahres die finanziellen Mittel für den Öffentlichen Beschäftigungs Sektor um mehr als ein Drittel gekürzt, so dass viele Projekte in Berlin nicht mehr weitermachen oder gar nicht erst beginnen können.

- Das JobCenter Tempelhof-Schöneberg hat in einem Fall eine freigeschaltete ÖBS-Stelle abgesagt, ohne Gründe zu nennen. Der Arbeitsvertrag des Kunden mit dem Träger war unterschrieben, die Maßnahme war im Herbst 2009 vom JobCenter Tempelhof-Schöneberg zugesagt worden. Nach der Unterschrift hat der potentielle Arbeitgeber festgestellt, daß die Finanzierung nicht korrekt war und das Beschäftigungsverhältnis nicht zustande kommen konnte. Das JobCenter hat sich aber nicht gemeldet und der Träger hat sich dann um eine andere Variante für den Kunden bemüht, welche seit Anfang März läuft. Der Kunde hat jetzt einen Ein-Euro-Job bei der gleichen Institution mit den gleichen Arbeitsanforderungen. Für ein halbes Jahr.
- In einem anderen Fall wurde die ÖBS-Stelle in der Probezeit am letzten Tag einer Krankschreibung gekündigt. Zufall?
- Ein weiterer Kunde wurde seit September 2009 trotz aller Voraussetzungen für ÖBS monatelang hingehalten, um vor kurzem vom JobCenter Tempelhof-Schöneberg zu erfahren: ÖBS gibt es nicht mehr.
- In keinem Fall hat das JobCenter die Kunden auf Alternativen hingewiesen, die die Senatsverwaltung vorgegeben hat, z.B. Arbeitsmöglichkeiten mit Entgeltvariante (AGH-E).

Ausführlicher werden wir in Kürze hier über die Problematik berichten.

Zusatzbeitrag der Krankenkassen ab Februar 2010

Die JobCenter fordern ihre betroffenen Kunden auf, die Krankenkasse zu wechseln. Welche Probleme dies zum Beispiel für chronisch Kranke mit sich bringt, ist scheinbar egal.

Immerhin hat das JobCenter Tempelhof-Schöneberg seit dem 11.März einen eigenen zweiseitigen Antrag, den man allerdings nur bekommt, wenn man vorher die Übernahme des Zusatzbeitrages schriftlich beantragt hat.

Vorsorglich weist das JobCenter dann darauf hin, dass die Kann-Bestimmung trotz Härtefall zu einer Ablehnung führen kann.

Ermessensspielraum nennt sich das.

Wäre es nicht sinnvoll, Handlungsanweisungen oder Dienstanweisungen etc. durch Senat oder Abgeordnetenhaus öffentlich zu machen?

In den oben beschriebenen Problemfeldern ist der aktuelle Bedarf dafür sowohl bei den Kunden der JobCenter als auch in den diversen Beratungsstellen groß.

Dagmar Krebs/Josef Moß

Fortsetzung von S. 6

Arbeit muss neu definiert werden

10 € Mindestlohn und hat nicht unwesentlich daran mitgewirkt, dass diese Forderungen ins Bundestags-Wahlprogramm geschrieben wurden.

Der Schlüssel für notwendiges radikales gesellschaftliches Umdenken und wesentlicher Schritt in eine emanzipatorische Gesellschaft ist jedoch die Neudefinition von Arbeit. Die Fixierung auf Erwerbsarbeit als allgemeingültiger Arbeitsbegriff entwertet gesellschaftlich geleistete unbezahlte Arbeit eines großen Teils der Menschen.

Aristoteles betonte die Bestimmung des Menschen als politisches Lebewesen. Die zur Ernährung und Fortpflanzung notwendigen Tätigkeiten bezeichnete er als unfrei, weil der Mensch darüber keine Verfügungsgewalt hat, wenn er überleben will. Auch die Ameisen bilden einen Staat, der um des Überlebens willen existiert. Der Staat der Menschen aber, so Aristoteles, besteht nicht darum, sondern wegen der Gerechtigkeit. Etwas, das in der modernen Gesellschaft verloren gegangen ist. An die Stelle der politischen Freiheit ist der Zwang der ökonomischen Leistungsfähigkeit getreten. Dieses in die falsche Richtung führende Prinzip ist Ausdruck des kapitalistischen Gesellschaftssystems, Ursprung der Ausbeutung von Mensch und Natur und muss rückgängig gemacht werden.

Werner Schulten

<http://www.bag-hartz-iv.de/>

DIE LINKE.

Tempelhof - Schöneberg

Bezirksgeschäftsstelle:

Feurigstr. 68, 10827

Berlin

Öffnungszeiten:

Mo, Di, Do: 11 - 18 Uhr

Fr: 11 - 15 Uhr

Telefon: 21 99 71 40

Fax: 217 29 26

e-Mail: bezirk@die-linke-tempelhof-schoeneberg.de

Termine:

Bezirksvorstand

6.04 u. 20.04 um 19

Uhr in der Roten Insel

GMVV 9.4. 18.30 Uhr

in der Roten Insel

Basisorganisationen:

BO Schöneberg

28.04., um 19 Uhr in

der Roten Insel

BO Tempelhof

7.04., 19 Uhr, Ver-

einseck 67, Friedrich-

Wilhelmstr. 67

BO Olivenbaum

12.04. 19 Uhr Reso-

nanz Café, Ebersstr.

BO Arbeit u. Soziales

26.04., 19 Uhr in der

Roten Insel

Arbeitskreise:

AKK siehe bitte S. 3

Arbeitskreis Flücht-

lings- und Migrati-

onspolitik

13.04 um 19 Uhr in

der Roten Insel

AK ELViS

Siehe bitte S.6

Inselgespräche

Sa.3.4. u. 1.5. um 15

Uhr in der Roten Insel

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.

Berlin, Klein Alexanderstr.

28, 10178 Berlin

Redaktion: DIE LINKE.

Tempelhof-Schöneberg

Konto: 43 84 81 68 06,

Berliner Bank

BLZ: 100 200 00

Erscheinungsweise:

10mal jährlich

Auflage: 2000 Exempl.

V.i.S.d.P.: Carsten Schulz;

Layout: Grace Irazoque;

Druck: Bunter Hund;

Namentlich gekenn-

zeichnete Artikel geben

die Meinung des Autors

wieder und entsprechen

nicht immer der Meinung

der Redaktion und des

Bezirksvorstandes.

Schlußredaktion: 24.3.

Erscheinungstag: 3. April

2010

Alle Parteitage und Grundsatzprogramme der PDS und danach der Partei DIE LINKE machten bisher deutlich, dass die LINKE militärische Konfliktlösungen und UN-mandatierte Kriegseinsätze grundsätzlich ablehnt.

Oskar Lafontaine stellt klar: Friedenspolitische Kernforderungen der Linken sind nicht verhandelbar!

In einem dpa-Interview anlässlich der Vorstellung des Entwurfes eines neuen Grundsatzprogramms der Linken bekräftigte Lafontaine, dass eine Zusammenarbeit mit der SPD u.a.so lange nicht möglich sei, solange sie dabei bleibe, dass Krieg wieder ein Mittel der Außenpolitik ist. Und er stellt für die Linke unmissverständlich klar: „Wir können nicht bisschen Krieg machen – die Kernforderungen der Linken sind nicht verhandelbar!“

Diese Haltung spiegelt sich auch im Programm-entwurf wider: „Die Linke wird sich auf Bundes-ebene nicht an einer Regierung beteiligen, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt“.

Diese Klarstellung erfolgt zum Leidwesen derjenigen ‚Sozialdemokraten und Grünen, die im Einklang mit der herrschenden Presse eine „realistischere Außenpolitik“ der Linken einfordern: Sie solle endlich die NATO- und EU-Bindung akzeptieren und UN-mandatierten Kampfeinsätzen zustimmen.

Solche Forderungen waren in der Vergangenheit nicht ganz ohne Wirkung. So hat es harte innerparteiliche Auseinandersetzungen um die generelle Ablehnung UN-mandatierten Kampfeinsätze gegeben.

Diskussion in Schöneberg

Im Vorfeld der jetzt beginnenden Programmdebatte lud DIE LINKE Tempelhof-Schöneberg zwei Protagonisten bisheriger friedenspolitischer Debatten ein.

Schon im Eingangsstatement von **Stefan Liebich (Mitglied des Bundestages, Fraktion DIE LINKE)** wurde klar, dass von ihm auch weiterhin die bisherige Beschlusslage so nicht geteilt wird. Liebich befürwortet im Falle von UN-mandatierten Einsätzen deren generelle Prüfung im Einzelfall. Menschenrechtsverletzungen wie z.B. in Ost-Timor hätten viele linke Parteien weltweit veranlasst, ein Einschreiten der UN zu begrüßen. Antworten auf Bedrohungen des Friedens habe kein Staat alleine, sondern –gemäß dem Völkerrecht– die dafür zuständigen „Vereinten Nationen“ zu geben, die als Organisation gestärkt und demokratisiert werden müssten.

Weitere Termine: Ostermarsch am Montag 5. April um 12 Uhr am Potsdamer Platz; 16. April 19.30 Uhr „**Sozialökologischer Umbau als programmatische und aktuell - politische Herausforderung**“ mit *Judith Dellheim* in der Roten Insel; LAG (IG) **Nahverkehr** 14. April 17 Uhr in der Roten Insel; Cinéma la Gauche: **The Corporation**, OEmdU, 24. April um 20 Uhr in der Roten Insel; „...**Rekrutierung der Bundeswehr an den Schulen...**“ Siehe S. 7

Offene Fragen?

In diesem Zusammenhang stellte der Referent mehrere Fragen, denen die Partei nicht ausweichen dürfe: Wie können Kriege heute verhindert werden? Wie kommen wir zu einem neuen internationalen Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, das die NATO ersetzt? Wie stehen wir zu bewaffneten Blauhelmissionen mit „robustem Mandat“ (Maßnahmen nach Kapitel VII der UN Charta), denen die Konfliktparteien zustimmen, wie im Falle des UNIFIL-Einsatzes im Libanon? Wie steht die Linke zu Forderungen, dass die UN Truppen oder Polizeikräfte unter eigener Hoheit und ohne Dominanz bestimmter Staatengruppen aufstellen soll?

Ellen Brombacher, Bundessprecherin der Kommunistischen Plattform, warnte vor der Anerkennung von Militäreinsätzen als „ultima ratio“ bei internationalen Konflikten, was die vorgeschlagene Einzelfallprüfung von UN-Beschlüssen nach Kapitel VII der UN-Charta (Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Weltfriedens und bei Angriffshandlungen) faktisch darstelle. Unter den jetzigen Gegebenheiten würde die „Anerkennung des Gewaltmonopols der UNO“ die Akzeptanz des Rechtes des Sicherheitsrates bedeuten, Gewaltanwendungen zu beschließen. Dies sei auch der Grund gewesen, warum sich die Delegierten der KPF beim Bundeswahlparteitag weigerten, von ihrem Antrag zur Streichung dieses Begriffes im Wahlprogramm Abstand zu nehmen. Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen seien zu verteidigen. Diese existierten jedoch nicht im luftleeren Raum, sondern im Rahmen von nunmehr historisch veränderten Kräfteverhältnissen unter weitgehendem Machtmonopol der USA und der NATO im Sicherheitsrat. Dieser Tatsache sei heute unbedingt Rechnung zu tragen!

Die im Kapitel VII vorgesehenen Sonderabkommen für eigene Streitkräfte des Sicherheitsrates sind nie in der Praxis realisiert worden. So intervenierten seit 1990 im Auftrag der UN militärisch regelmäßig die starken Staaten der Welt, meist gegen die Interessen der Länder des Südens, nicht selten unter dem vorgeschobenen Argument, Menschenrechte zu „verteidigen“. Bei steigenden Waffenexporten und konfliktverschärfenden Einflussnahmen der Großmächte werden „Menschenrechtsargumente“ zur propagandistischen Farce.

Für ihre Glaubwürdigkeit und ihre innenpolitischen Wirkungsmöglichkeiten sei es maßgeblich, dass die Linke auch weiterhin militärische Gewaltanwendung als Mittel internationaler Politik strikt ablehne, bekräftigte Ellen Brombacher abschließend unter großem Applaus der Anwesenden.

Carsten Schulz